

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Nach nur zehn Tagen sieht sich der mit großer Geste in der Nationalgalerie unterzeichnete Koalitionsvertrag unterschiedlichsten Interpretationsversuchen aus den Reihen seiner Schöpfer ausgesetzt.

Das „Sparpaket“ scheint in wesentlichen Teilen inzwischen wieder in Frage zu stehen: Die Abzugsfähigkeit von Firmenspenden soll nun doch bestehen bleiben; die Besteuerung von Spekulationsgewinnen wird möglicherweise verschoben und soll geringer ausfallen; die Kürzung der Eigenheimzulage wird „geprüft“, ebenso die Erhöhung der Gassteuer, die Kappung der Ökosteu-Entlastung für Unternehmen und die schärfere Besteuerung von Dienstwagen.

Zugleich verspricht Schröder einmal mehr, dass es eine Erhöhung von Mehrwertsteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer nicht geben werde. Und die Gewerkschaften drohen mit einer Blockade der Hartz-Reformen, sollte es zu Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe kommen. Es stellt sich die Frage, welche Ideen stattdessen aus dem Hut gezaubert werden, um die maroden Staatskassen zu sanieren. Deutlich wird: Rot-Grün hat kein Konzept für die nächsten vier Jahre und Koalitionsbeschlüsse haben eine äußerst geringe Haltbarkeit.

If

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Daten und Fakten ...S.2
- Rot-Grüne Außenpolitik:
Leitmotiv Gegengeschäft. ...S.3
- Europa-Gipfel in Brüssel ...S.4
- Über 200 Euro
Mehrbelastung für
Durchschnittsfamilie ...S.5
- Debakel in den
Sozialkassen ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Daten und Fakten



I. Einzelhandel weiter von Konsumflaute gebeutelt

►► Der Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hermann Franzen, ist auch für 2003 pessimistisch: *„Der private Konsum wird im kommenden Jahr als belebendes Element absolut ausfallen.“* Demzufolge müsse der HDE seine noch im September verkündete Wachstumsprognose von Plus 1% für den Branchenumsatz in 2003 korrigieren: Man erwarte jetzt **ein Minus von 0,5%**.

Franzen befürchtet auch für das nächste Jahr einen Pleitenrekord im Einzelhandel, nachdem bereits im laufenden Jahr mit insgesamt 8.000 bis 10.000 Insolvenzen zu rechnen sei. Im Hinblick auf die Beschäftigungssituation im Einzelhandel sieht der HDE-Präsident schwarz: *„Allein in diesem Jahr gehen 20.000 bis 30.000 Arbeitsplätze verloren, im kommenden Jahr wird das nicht anders aussehen.“*

(Quelle: der Tagesspiegel 26.10.2002) ◀◀

II. Handwerk in der Rezession

►► Verbandspräsident Dieter Philipp sieht das deutsche Handwerk in einer tiefen Krise: *„Unsere Branche steckt in einer ausgewachsenen Rezession.“* Allein zwischen April und Juni dieses Jahres seien 306.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Umsätze seien im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um rund 5% gesunken. Hauptgrund für den Einbruch: Die katastrophale Lage am Bau.

(Quelle: Berliner Zeitung 23.10.2002) ◀◀

III. Kein Ende der Baukrise in Sicht

►► Der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes, Arndt Frauenrath, erwartet einen weiteren Niedergang der Branche: In diesem Jahr werden die

Bauinvestitionen um 4% unter dem Vorjahreswert liegen; in 2003 sei mit einem weiteren Rückgang um 2% zu rechnen.

Nach einem Rückgang der Beschäftigten im Baugewerbe um 10% in diesem Jahr, müsse für 2003 mit einem Verlust von rund 60.000 Jobs gerechnet werden.

Weitere 50.000 Arbeitsplätze seien in der Branche durch die Pläne der Bundesregierung gefährdet. Frauenrath: „Insgesamt können wir der Koalitionsvereinbarung nur schlechte Noten geben. Sie zeugt von Mutlosigkeit, von Konzeptionslosigkeit, sie ist bloßes Stückwerk.“ (Quelle: dpa 24.10.2002) ◀◀



Zur stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe wurde Ingrid Fischbach am Dienstag einstimmig gewählt. Auf dem Foto: Horst Seehofer (2.v.l.), Claudia Nolte (5.v.l.) und der Vorsitzende Gerald Weiß (1.v.r.)

Rot-Grüne Außenpolitik:

Leitmotiv Gegengeschäft

▶▶ Die wenig staatsmännische Haltung des Bundeskanzlers in den letzten Wochen wird Deutschland teuer zu stehen kommen. Um das Verhältnis zu den USA wieder zu kitten und uns das Vertrauen der Weltgemeinschaft wieder zu erwerben, scheint die Bundesregierung sich auf Gegenleistungen



Spruch der Woche

"Ein Oberbürgermeister Leipzigs ist mehr als ein Ostbeauftragter des Kanzlers."

Wolfgang Tiefensee,
Oberbürgermeister von
Leipzig über seine
Gründe, das ihm
angebotene Ministeramt
für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen, Aufbau
Ost abzulehnen

einzurichten: Der deutsche Einsatz für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird in den USA offenbar als Gegenleistung für das in der Irak-Frage zerschlagene Porzellan angesehen.



Ingrid Fischbach: „Ganz unabhängig davon, dass die Türkei nach derzeitigem Stand laut EU-Kommission wegen Defiziten bei der Demokratisierung und in der Menschenrechtsfrage weit davon entfernt ist, zu Beitrittsverhandlungen eingeladen zu werden, muss die Frage erlaubt sein, ob die Bundesregierung das Gegengeschäft zum Leitmotiv ihrer Außenpolitik machen will.“ ◀◀

Europa-Gipfel in Brüssel

▶▶ Die Bundesregierung hat auf dem Europäischen Rat eine Chance verpasst, den von ihr beförderten Eindruck zu korrigieren, der Euro-Stabilitätspakt sei nur noch Makulatur. Der Zweifel am Stabilitätswillen der großen EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich und Italien frisst sich weiter fort.

Der in Brüssel gefundene Kompromiss zur Deckelung der Agrarausgaben ab dem Jahr 2006 ist ein Schritt in die richtige Richtung, ebenso wie die Bereitschaft, die neuen EU-Mitglieder bereits ab dem Jahr 2004 auch an Direktbeihilfen teilhaben zu lassen. Das wichtigste: Damit ist der Weg frei für die Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Januar 2004. Zugleich haben die deutschen Landwirte bis Ende 2006 Planungssicherheit erhalten. Allerdings ist ein bloßer Stopp des Ausgabenanstiegs noch keine echte Reform des europäischen Agrarmarktes.

Ingrid Fischbach: „Eine für Deutschland faire Lastenteilung, wie sie im Koalitionsvertrag versprochen wird, ist in Brüssel noch nicht erreicht worden. Und die Anschlussverhandlungen für die Zeit ab 2007 dürften mit bis dahin 25 EU-Mitgliedern nicht eben leichter werden.“ ◀◀

Über 200 Euro Mehrbelastung für Durchschnittsfamilie



►► Familie Mustermann (Durchschnittsverdiener mit 30.000 Euro Jahreseinkommen, verheiratet, zwei Kinder, Hausbau geplant) muss ab dem 1.1.2003 mit folgenden Belastungen rechnen:

Kürzung der Eigenheimzulage: Statt bisher 4.090 Euro pro Jahr nur noch 2.400 Euro. Monatliche Belastung: rund 140 Euro.

Die **höhere Gassteuer** kostet monatlich zusätzlich 6,90 Euro (bei ca. 3000 Kilowattstunden/Monat).

Für einen **Mallorca-Flug** (1.300 Euro) sind demnächst 208 Euro **Mehrwertsteuer** (16%) fällig; monatlich müssen 17 Euro zusätzlich gespart werden.

Zum 1. Januar 2003 steigt außerdem die **Tabaksteuer**. Die Mehrkosten für die tägliche Schachtel summieren sich am Monatsende auf 6 Euro.

Durch die **Verschiebung der Steuerreform** nach der Flutkatastrophe fällt die ursprünglich eingeplante Entlastung von rund 300 Euro jährlich aus. Dadurch fehlen jeden Monat weitere 25 Euro auf dem Konto der Mustermanns.

Weil zum 1. Januar der **Rentenbeitrag** von 19,1% auf 19,3% steigt, zahlt auch Mustermann höhere Beiträge: 2,50 Euro pro Monat. Falls auch die **Krankenkassenbeiträge** wie befürchtet im Durchschnitt von 14% auf 14,7% erhöht werden, ist ein zusätzlicher Beitrag von je 8,75 Euro fällig.

Will Herr Mustermann seiner Frau weiterhin gelegentlich **Blumen** mitbringen, kommen wegen der erhöhten Mehrwertsteuer auf die bisherigen Ausgaben von durchschnittlich 16 Euro im Monat noch mal 1,35 Euro.

Die Bilanz: Die rot-grünen Steuer- und Abgabenerhöhungen kosten die Durchschnittsfamilie Mustermann jeden Monat 207,50 Euro zusätzlich. Rot-Grün macht arm! (Quelle: Bild-Online) ◀◀



Wußten Sie schon,

... dass Auslandseinsätze nach wie vor sehr beliebt sind? Aber die Unternehmen schicken aus Kostengründen nicht mehr so viele Mitarbeiter in andere Länder. Das ist das Ergebnis einer Befragung, die die Unternehmensberatung Cendant Mobility unter 175 weltweit tätigen Unternehmen durchgeführt hat, die insgesamt 200000 Mitarbeiter im Ausland beschäftigen. Künftig werden diese überwiegend für Kurzeinsätze entsandt.

Debakel in den Sozialkassen



I. Rentenversicherung

►► In Folge ausgebliebener Strukturreformen bei der Rentenversicherung und im Gesundheitswesen droht der Kollaps des Systems.

Damit der Rentenbeitrag zum 1. Januar 2003 nicht (trotz der bereits beschlossenen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze) über 19,3% steigt, plant die Bundesregierung einen erneuten Griff in die Schwankungsreserve. Diese soll nach dem bereits erfolgten Abschmelzen auf 80% eines Monatsbudgets möglicherweise sogar auf nur noch 50% gesenkt werden.

Bereits im nächsten Jahr könnte es dadurch zu neuen Löchern im Bundeshaushalt kommen, wenn in beitragschwachen Monaten die Rentenkasse nicht genug hergibt und Eichel nachschießen muss. (Quelle: Handelsblatt 24.10.2002) ◀◀

II. Krankenversicherung

►► Für die künftige Höhe des durchschnittlichen Krankenkassenbeitrags (derzeit 14%) werden verschiedene Beträge zwischen 14,3% und 15% genannt. Die AOK geht von einem „moderaten“ Anstieg auf 14,3%-14,4% aus, allerdings nur, wenn es der Gesundheitsministerin gelänge, ein „wirksames“ Vorschaltgesetz zu installieren.

(Quelle: AP 23.10.2002)

Andere Experten sind diesbezüglich nicht sehr optimistisch und sagen für 2003 Beiträge von bis zu 15% voraus. Den Kassenpatienten drohen wegen der verschleppten Reform im Gesundheitswesen jetzt Leistungskürzungen: Geplant sind Abstriche bei medizinisch nicht notwendigen Kassenleistungen wie zum Beispiel bestimmten Heil- und Hilfsmitteln.

(Quelle: Bild 28.10.2002)

Ergebnis: Die Qualität der Gesundheitsversorgung sinkt! ◀◀



... das Allerletzte!

Rot-Grün hatte bei der Regierungsübernahme 1998 versprochen, die Bürokratie abzubauen. Tatsächlich hat die Gesetzesdichte seither noch zugenommen. Während Rot-Grün 396 neue Gesetze verabschiedete, wurden nur 95 alte Vorschriften gestrichen. Allein auf Bundesebene sehen sich die Bürger damit 2197 Gesetzen mit 46779 Einzelvorschriften ausgesetzt. Dazu kommen noch 3131 Rechtsverordnungen mit mehr als 39000 Einzelbestimmungen.